

# Überdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Postzeitung oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 214.

Mittwoch, den 12. September 1917.

24. Jahrg.

## Friedensfrage und alldeutsche Manöver.

Die Antwort, die Wilson auf die Friedenskundgebung des Papstes gab, ist in Deutschland im allgemeinen sehr ungünstig aufgenommen worden. Die Note Wilsons sagt so gut wie nichts über die Bedingungen des Friedens, erging sich um so mehr in Anschuldigungen gegen die deutsche Regierung, die überhaupt als ungeeignet hingestellt wurde, am Friedensvertrage mitzuwirken. Der Gesamteindruck, den die Note Wilsons machte, war für uns so, als wolle Wilson einen baldigen Frieden auf Grund einer für alle Zeiten billigen und ehrenvollen Vereinbarung hintertreiben und der Absicht Englands und Frankreichs dienen, durch weitere Fortsetzung des Krieges noch den Sieg zu erringen. Die Note Wilsons war an dieser Stelle, durch Auspielung des Gegensatzes von Regierung und Volk, statt sie etwa zu fördern, erst recht die im Laufe befindlichen Demokratisierungsbestrebungen in Deutschland zu fördern. Es hat sich mittlerweile aber gezeigt, daß die Note Wilsons vielfach doch viel günstiger beurteilt wird. Unser Parteigenosse Scheidemann hat in einer Unterredung mit einem Korrespondenten der amerikanischen Presse, die wir gestern wiedergaben, in Wilsons Note Anzeichen gefunden, daß es möglich sein werde, auf Grund seiner Anschauungen auf dem Friedenswege weiter zu gelangen. Auch der Abgeordnete Erzberger hat dasjenige besonders betont, was in Wilsons Note mit der Friedensresolution des Reichstages in Uebereinstimmung zu bringen ist. Erst die weitere Stellungnahme unserer europäischen Kriegsgegner dürfte die völlige Klarheit bringen, wie weit die günstigere Auffassung der Wilsonschen Note berechtigt ist. Selbstverständlich wünschen wir nichts mehr, als daß die optimistischere Auffassung recht behält.

Auf einem anderen Blatte aber steht die Behandlung, die die Alldeutschen und ihre Presse der Wilsonnote zuteil werden ließen. Die alldeutsche Presse läßt kein Mittel unversucht, um die Reichstagsmehrheit, die den Verständigungsfrieden ohne Vergewaltigungen als ihr Ziel aufgestellt hat, zu zerbrechen und für ihre nach außen und nach innen gerichtete Macht- und Herrschaftspolitik den entscheidenden Einfluß zurückzuerobern. Sie versuchte mit unfehlbarer Geschicklichkeit die Wilsonnote zu einem taktischen Manöver auszunutzen und die öffentliche Meinung in Deutschland aufs neue gründlich zu verwirren. Im Zusammenhange hiermit stehen die frampfhafte gesteigerten Lobhudelelegramme an den Kaiser und an Hindenburg sowie die Bestrebungen, den Reichskanzler Dr. Michaelis als einen Mann hinzustellen, der trotz seinen Erklärungen für den Verständigungsfrieden im Grunde den alldeutschen Herzenswünschen geneigt sei. Die alldeutsche Presse behandelt die kriegsgemäßen Unfreundlichkeiten, die in der Wilsonnote der deutschen Regierung gesagt werden, als eine noch nicht dagewesene, ungeheuerliche Schmach, die dem deutschen Volke angetan worden sei. Als die allergrößte Gemeinheit wurde es bezeichnet, daß Amerika zwischen Fürst und Volk Zwietracht säen und damit die festen Bande lockern wolle, die ganz Deutschland im Kampfe gegen Vierhundert der Welt zusammenhalten.

Gelang es der alldeutschen Presse, dem deutschen Volke bei der Beurteilung der Wilsonnote die alldeutsche Brille aufzusetzen, so war alles für sie gewonnen. Zunächst wurde das deutsche Volk in den Zustand des füror teutonismus versetzt, verlor im Aufwallen der Entrüstung die Besinnung und konnte dahin geführt werden, wohin man es haben wollte. Der Zorn ist bekanntlich ein schlechter Ratgeber, die sinnliche Entrüstung ist ebenso bekanntlich ein Instrument, dessen sich geschickte Politiker gerne bedienen, wenn sie ihren Gegnern mit Logik nicht beizukommen vermögen. Was der Ueberzeugungskraft nicht gelingt, soll dann der Wirbel einer Massenstimmung vollbringen, deren Druck alle Widerstrebenden mit sich fortreißt.

Aber mit dieser Klappe sollte noch eine zweite Fliege er schlagen werden. Wilson hatte die Demokratisierung Deutschlands gefordert. Erschienen nun dieser Wilson dem deutschen Volk als ein schändliches Angeheuer, so war die Demokratisierung zugleich diskreditiert. Wilson ist der Feind Deutschlands. Wer also die Demokratisierung will, der will, was der Feind will. Das deutsche Volk, so versicherte man, werde Wilson nicht auf den Leib kriechen, und da waren schon die alldeutsche-reaktionären Leitlinien aufgestellt, auf die das deutsche Volk kriechen sollte. Allzu schnell trat der byzantinische Zug der neuen Entrüstungsbewegung in Erscheinung. Man schwor heilige Treueschwüre, als ob es sich in diesem Weltkriege um die Erhaltung einer bestimmten Staatsform handelte und nicht um die Errettung des deutschen Volkes. Schon war die Spitze gegen den Reichstag und seine verhasste „demokratische Mehrheit“ deutlich zu erkennen. Jetzt oder nie mußte es gelingen, sie zu verwirren, zu sprengen und weite Kreise des Volkes auf Wegen mitzureißen, auf denen die Kerenski und Westarp als Führer vorangingen.

Aber auch dieser Streich der Alldeutschen ist bisher nicht von dem Erfolge begleitet worden, den sie ersehnten. Er wird bald gänzlich zum Scheitern kommen, da die Tatsachen der Westereignisse zu deutlich sprechen. Der

günstige Verlauf, den die deutschen Operationen um Riga nahmen, kann ebensowenig wie die Erfolge des U-Bootskrieges die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die gegnerische Koalition andauernd überaus machtvoll bleibt und sich sogar noch für berechtigt hält, von der Verlängerung des Krieges ihren schließlichen vollen Sieg zu erwarten. Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hält daher unbeirrt fest an der Forderung des Verständigungsfriedens. Es fehlt kein Legtes ein für seine Verteidigung gegen Niederwerfungspläne der Gegner, es will aber um keinen Tag das Blutvergießen verlängert wissen für alldeutsche Machterweiterungs- und Eroberungsziele.

Was aber im besonderen die Hege der Alldeutschen gegen die Demokratisierungsbestrebungen der Sozialdemokratie und der Reichstagsmehrheit betrifft, so ist sie in ganz hervorragendem Maße innerlich unaufrichtig und grotest. Nicht weil Wilson es wünscht, fordern wir Vermehrung des Volkseinflusses auf die Politik des Reiches. Aber weil Wilson davon redet und weil er sich davon vielleicht verpricht, innere Zwietracht bei uns zu stiften, darum besteht nicht der mindeste Grund, von dem abzulassen, was nach unserer Ueberzeugung für das Heil unseres Landes schon viel früher hätte durchgeführt werden müssen und was auf Grund der Kriegsergebnisse nun eine unumgängliche Notwendigkeit geworden ist. Innere Zwietracht kann daraus nicht entstehen, wenn nur die Einsicht des deutschen Volkes und der Reichstagsmehrheit stark bleibt gegenüber dem alldeutschen Fanatismus und der konservativen Herrschaft. Die alldeutsche Presse tobt darüber, daß die Reichs-

tagsmehrheit an der auswärtigen Politik und an dem Friedensschluß entscheidende Mitwirkung fordert. Aber wie war es denn anlässlich des Bethmannschen Friedensangebots vom 12. Dezember? Damals veröffentlichte die konservative Reichstagsfraktion einen einstimmigen Beschluß, in dem sie ihr Bedauern ausdrückte, daß der Reichstag nicht alsbald in eine großzügige Erörterung der konkreten Friedensbedingungen eingetreten sei. Sie berief sich auf die Zusage des ihr so verhassten Bethmann, daß der Reichstag rechtzeitig zu den Kriegszielen Stellung nehmen solle, und sie erklärte es als Pflicht der Abgeordneten, ihre Meinung über die zu erreichenden Ziele zur Geltung zu bringen. Und die nationalliberale Fraktion beschloß einstimmig ein Schreiben an den Kanzler, in dem sie sich beschwerte, durch die Regierung war vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein, und in dem sie im Namen des heldenmütigen und opferwilligen deutschen Volkes eindringlich verlangte, daß der Reichstag bei der Lösung der Fragen der auswärtigen Politik mitwirken soll. Konservative und Nationalliberale fanden also für sich das Recht, das zu fordern die alldeutsche Presse der Reichstagsmehrheit als demokratisches Verbrechen anzurechnen versucht.

Wir erwarten zuversichtlich, daß die Reichstagsmehrheit fest und unerückterlich ihren Weg weitergeht. Ihr Weg ist der einzige, der zum Frieden führt, während die alldeutsche Politik immer weiteres Blutvergießen bedeutet und schließlich Verhältnisse heraufbeschwört, die niemand wünschen kann, der es mit seinem Lande und seiner Zukunft gut meint.

## Die Lage in Rußland.

Eine Meldung kommt aus Stockholm, die, wenn sie zuträfe, die Zustände in Rußland noch mehr verschärfen würde. Die Meldung lautet:

„Wie ich soeben von privater Seite vernahm, traf heute nachmittag bei einer hiesigen Ententegeandtschaft die Nachricht aus Petersburg ein, daß Kerenski Sonntagabend durch einen Kojaken, einen Anhänger Kornilows, ermordet worden sei.“

Wie weiter berichtet wird, stammt diese Nachricht aus der englischen Gesandtschaft in Stockholm. Wir halten sie, da jede Bestätigung fehlt, für unzutreffend. Es ist anscheinend eine jener Lügenmeldungen, wie wir sie im Kriege so häufig kennen gelernt haben.

Aus den vorliegenden Meldungen geht hervor, daß Kerenski sich, wie auch anzunehmen war, mit seiner Abweisung nicht zufrieden gibt. Er wird gegen Kerenski auf das schärfste Front machen und es kommt nur darauf an, wie sich das Heer in seinem überwiegenden Teil zu ihm stellt. Die englischen Meldungen soll Kornilow die Absicht haben, auf Petersburg zu marschieren. In Zusammenhang hiermit steht folgende Meldung:

Reuter meldet aus Petersburg vom 10. September, 8 Uhr abends: Die Bahnlinie zwischen Petersburg und Luga, südlich von Petersburg, ist unterbrochen. Die Partisanen von Kornilows Truppen muß jetzt in Luga angekommen sein, das ungefähr 100 Meilen von der Hauptstadt entfernt ist und wo sich regierungstreue Truppen befinden. Die Division, die Kornilow befehligt, und die die „Wilde Division“ genannt wird, ist von Luga aufgebrochen und hat sich in Marsch gesetzt. Diese Division hat die Station Rybiza an der Eisenbahnlinie Petersburg—Rybinsk (54 Meilen von Petersburg) erreicht. Der ganze Eisenbahnverkehr liegt still.

Das russische Kabinett ist zurückgetreten, um Kerenski volle Handlungsfreiheit zu geben. An dessen Stelle ist ein sogenanntes Direktorium getreten, das, wie es heißt, die folgt zusammengekehrt werden soll: Kerenski, Nekrasow, Saminow, Stobelew und Tereschenko. Saminow ist gleichzeitig zum Gouverneur von Petersburg ernannt worden an Stelle des Generals Wassilkowski, der bisher Gouverneur von Petersburg war, jetzt zurückgetreten ist und um die Erlaubnis nachgesucht hat, Rußland verlassen zu dürfen. Man glaubt, daß Kerenski unbeschränkte Macht verließen werden soll.

Zur Vermeidung eines Bürgerkrieges ist eine Kojakenabordnung bei Kerenski gewesen. Sie erklärte, sie betrachte es als patriotische Pflicht, den Bürgerkrieg zu verhindern und an der Beilegung des Konflikts zwischen Kornilow und der Regierung mitzuwirken. Sie begibt sich deshalb nach dem Großen Hauptquartier. Viel ausgerichtet wird diese Abordnung nicht. Immerhin dürfte von diesen Unterredungen resp. von ihrem Ausgang viel, wenn nicht alles, abhängen von der zukünftigen Haltung der Kojaken.

Wir verzeichnen noch folgende Nachrichten: Das „Welt Journal“ meldet aus Petersburg: Die Truppen des Militärbezirks Petersburg sind von der alldeutschen Kundgebung für die pro-

viatorische Regierung. Gegen General Kornilow und 18 Generale seines Stabes sind Verhaftungsbeehle ergangen.

Die „Morning Post“ meldet aus Petersburg: Die Drahtverbindung mit dem Hauptquartier ist unterbrochen und man nimmt daher an, daß der Schritt Kornilows nicht ohne Einwilligung eines Teiles des Heeres, besonders des Offizierkorps erfolgt ist. Beunruhigende Nachrichten liegen aus Riew vor. Die „Daily Mail“ meldet, daß der Stab des bisherigen Oberkommandierenden sich mit General Kornilow solidarisch erklärte.

Der in der baltischen Flottenbasis kommandierende Admiral erließ einen Tagesbefehl, in dem er die Flotte auffordert, den Feind im Auge zu behalten und jede Zwietracht zu vermeiden und sich den Befehlen der Regierung zu fügen.

„Politiken“ meldet aus Helsingfors: In Petersburg werden hartnäckige Gerüchte verbreitet, daß der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch von seinem Gute im Kaukasus geflüchtet sei, da er fürchtete, verhaftet zu werden. Man glaubt, daß er an der gegenrevolutionären Verschwörung beteiligt sei.

Der russische Mitarbeiter des „Bund“ meldet: In Petersburg wurde eine groß angelegte monarchistische Organisation „Das heilige Rußland“ entdeckt, deren Sprachrohr die unlängst eingestellte Zeitung „Grosjo“ war, die hauptsächlich an unsere Truppen an der rumänischen Front verteilt wurde. „Grosjo“ schrieb offen, nur der Zar könne Rußland Brot und Frieden geben. Die Engländer und Franzosen seien Feinde Rußlands. Man müsse sofort Frieden schließen. Die Hauptführer der Organisation waren: Badmajew, der Arzt Protatopos, Glinka Panjstewski, der frühere Redakteur der konservativen „Semjatschina“, und dessen Mitarbeiter, die alle verhaftet wurden.

Der Petersburger Berichterstatter der „Daily Mail“ telegraphiert, daß in den letzten Tagen zwei Strömungen herrschten. Die erste sei der zunehmende Wunsch der intellektuellen Kreise, die vorläufige Regierung zu unterstützen, die andere sei eine Bewegung unter den Arbeitern, die Hauptstadt zu verlassen und nach den Dörfern zurückzukehren. Die Arbeiter täten es nicht, weil militärische Gefährdung drohe, sondern wegen des Mangels an Arbeit und Lebensmitteln. In der Gegend der russisch-amerikanischen Gummifabrik kam es zu Unruhen, die von der Miliz unterdrückt wurden; viele Menschen wurden getötet und verwundet.

Die Petersburger Zeitungen besprechen kurz den Bruch der vorläufigen Regierung mit dem Oberkommandierenden Kornilow.

„Iswestija“, das Blatt des Soldaten- und Arbeiterrats, ist der Ansicht, daß die Einigung aller Kräfte der revolutionären Demokratie jetzt mehr als je notwendig sei. „Dien“ schreibt, auf die russische Freiheit sei ein schwerer Anschlag verübt worden. Das Blatt fordert zur Ruhe und Unterstüßung der Regierung auf und ermahnt jeden Bürger, in diesen Tagen tödlicher Gefahr für Rußland auf seinem Posten zu sein. „Rjetsch“ gibt der Hoffnung



Ausdruck, daß beide Seiten vernünftig sein werden und es nicht bis zum Bürgerkrieg werden freiben wollen. "Nowak Wromja" schreibt, das Land stehe vor einer verhängnisvollen Lösung. Alle inneren Streitigkeiten und politischen Meinungsverschiedenheiten sollten vor dem Problem der Rettung des Vaterlandes vergessen werden.

## Das kommende französische Kabinett.

Aus Paris wird gemeldet: B a i n l e n e ist aufgefordert worden, das neue Kabinett zu bilden. Er schob aber noch seine Antwort auf. Von anderer Seite wird auch der Senator Jules Pams, der mit Unterstützung der Linken bei der Präsidentschaftswahl gegen Poincaré kandidierte, genannt.

Wer endgültig mit der Kabinettsbildung betraut wird, ist also noch nicht heraus. Deshalb erübrigt es sich auch, sich in Mutmaßungen zu ergeben.

Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Genf gemeldet wird, herrschte in den letzten Tagen im Elysee ein bewegtes Leben. Die Bildung des neuen Ministeriums ist überaus schwierig, weil die Sozialisten mit der großen Mehrheit der bisherigen Kabinettsmitglieder durchaus nicht zusammenwirken wollen. Begründet wird dieser Widerstand damit, daß die gesamte Tätigkeit des Ministeriums Ribot auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet so geringe Ergebnisse gezeitigt habe, daß ein vollständig neues Programm erforderlich wäre, dessen Durchführung man nur unverbrauchten Kräften anvertrauen könne. Ob Poincaré sich berufen fühlt, unter solchen Umständen an die Spitze eines Kabinetts zu treten, sollen die nächsten Stunden entscheiden. Seinen Triumph, ein zweites Ministerium Ribot verhindern zu haben, teilt Clemenceau mit der von Longuet und Pressmane geführten Fraktion der Sozialisten, der es gelang, die Gesamtheit der Partei für ihre Auffassung zu gewinnen, daß mit Ribot als Chef keine Dauer versprechende Verständigung möglich sei. Schweren Herzens mußte sich Thomas entschließen, der Parteidisziplin zu folgen und die Zurückweisung der Vorschläge Ribots im Ministerrat bekannt zu geben. Während die „Humanité“ sich beeilte, den Ribot zwischen Ribot und den Sozialisten offenkundig zu machen, zeigten „Temps“ und „Journal des Debats“ sich noch in letzter Stunde bemüht, Ribot Mut einzufloßen und ihn zur Bildung eines Koalitionsministeriums, mit Ausschluß der äußersten Linken, zu bewegen. Aber im Augenblick, als diese Artikel erschienen, hatte Kriegsminister Poincaré bereits gemeinsame Sache mit den Ribot ablehnenden linksführenden Gruppen gemacht. Selbst Parlatmentarier, welche wie Alc, Long, Desplas, Raoul Perret, Bienvenu-Martin und Renard noch vorgeklimmt sich bereit zeigten, in ein zweites Ministerium Ribot einzutreten, bekundeten gestern eine charakteristische Zurückhaltung. Unter den eben genannten Volksvertretern dürfte Poincaré, falls er, wie mehrfach behauptet wird, die Kabinettsbildung übernimmt, seine Mitarbeiter suchen, ohne sich von Kräften wie Steeg, Thiery und Bourgeois zu trennen. Ein neues Portefeuille, das der Wiederaufrichtung der durch den Krieg verwüsteten französischen Gebiete, soll befeht werden. „Temps“ kündigt an, daß er allzuweit getriebenen sozialistischen Forderungen, für die während der Kriegsdauer kein Platz sei, entgegenzutreten werde.

Der „Tiger“ Clemenceau macht sich bereits maufg. Er macht die Unterstützung des neuen Ministeriums von neuen Methoden der Kriegsführung abhängig. Welcher Art dieselben sein sollen, bewahrt er vorläufig noch in seiner Brust.

Zum Schluß sei noch eine Aeußerung Renaudels mitgeteilt. Er sagt in der „Humanité“: Die Sozialisten wollten sich nicht absondern, denn sie wüßten, was sie der Volksherrschaft des Landes schuldig seien. Sie würden keine unannehmbare Forderungen stellen, sondern, wenn man an sie herantrete, erklären, was ihnen für eine gute Führung in Krieg und Frieden notwendig sei. Eine demokratisch-republikanische Aktion sei notwendig, um einen dauernden Frieden zu schaffen. Alle Persönlichkeiten, die im Trüben ständen, müßten aus dem Wege geräumt werden. Im übrigen glaubt Renaudel, daß die Sozialisten in der augenblicklichen Stunde nicht allein handeln müssen und nicht allein handeln werden.

## Die Kriegslage.

In Flandern oszillieren die Engländer weiter nutzlos Patrouillen und schwächere Abteilungen in Erkundungsvorposten und Teilangriffen. Vom Houthouster-Walde bis Opera-Sogen nahm die englische Artillerieartillerie an Stärke zu. Entente-Flieger, die Brücke mit Bomben bewarzen, bewirkten nur geringen Schaden. Ein deutsches Bombengeschwader griff Dünkirchen an. Mehrere Bomben konnten beobachtet werden.

Im Artois blieb es weiterhin ruhig. In der Gegend nördlich von St. Quentin häuften die Engländer in zahlreichen Kleinangriffen fast all ihre geringen Geländegewinne der letzten Tage wieder ein. Neue Vorstöße, die sie am 11. September zwischen 4 und 5 Uhr morgens erfolglos und südlich von Baleret unternahmen, blieben erfolglos. Die englischen Verluste waren schwer. Das Gelände vor den deutschen Stellungen liegt voll von englischen Leichen. Ein kleines Eingebändnis des nördlichen Stodens der Kampfartillerie auf der ganzen englischen Front in der britische Heeresbericht vom 10. September 8 Uhr 15 Minuten nachmittags, der mangels irgendwelcher positiver Ereignisse eine große Zahl unbedeutender und weit zurückliegender Patrouillengefächte ausführlich bezieht.

Auf dem östlichen Maas-Ufer erhoben sich durch einen neuen vorgetriebenen Angriff die Franzosen ihre blutigen Verluste. Zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags brachen sie in breiter Front vom Joffes-Wald bis zum Charonne-Wald vor. Sie wurden aber all, stellenweise im Gegenstoß, gemessen. Die Franzosen verjagten durch noch härtere Feuerbegegnung die deutschen Verteidiger zu jenseits und rückwärts aus dem Joffes-Wald gegen die deutschen Stellungen südlich von Marville vorzubringen. Schlagartig einsetzendes deutsches Berückungsfeuer ersetzte diese Angewandtheit im Keime. Im Laufe des Tages verdrängte die deutsche Artillerie noch mehrere französische Batterien zu Leuten-Höfen und räumte unter dem zum Angriff bestimmten in den Gräben bedingten Truppen jenseits an, so daß die Franzosen keinen Angriff mehr vorzuzuzugern vermochten.

Im Dniepr blieb es zwischen Rostow und Dnaja bei zahlreichen Zusammenstößen vorgetriebener Kämpen, wozus demgegenüber eine größere Zahl Gefangener eingeschleppt wurde. Im Südosten der Balkanhalbinsel griffen die Russen an. Im frühen Morgen des 11. September brachen sie zwischen Solta und dem Hanamant-Dal mit starken Kräften vor. Die ersten Sturmschiffe brachen im Angriff vor der Befestigung vor. Die russischen

Wellen gelang es, sich an einzelnen Stellen in den vorderen Gräben unter schweren Opfern festzusetzen. Ein in der Nacht zum 11. September an der unteren Grila erfolgter russischer Angriff wurde glatt abgeschlagen.

W.B. Berlin, 11. September, abends. (Amtlich.) Bisher keine Meldung über größere Kampfhandlungen.

Wien, 11. September. (Amtlich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.

Bei Solta in der Bukowina drückte ein russischer Angriff unsere Linie etwas zurück. Am Pruth und in Ostgalizien beiderseits lebhafteste Erkundungstätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kampfpause am Isonzo dauert an. Mügen die Italiener immerhin noch weitere Angriffe beabsichtigen, so kann das bisherige Ergebnis der am 17. August entbrannten 11. Isonzo-Schlacht doch dahin festgestellt werden, daß auch diese neue Kraftprobe des Feindes keinerlei Veränderung in der Kriegslage im Südwesten herbeiführen vermochte und daß die Schlacht bis zur Stunde zweifellos einen neuen Mißerfolg der Italiener bedeutet.

Auf der Karst-Hochfläche bildet die Einnahme des Dorfes Selo, das zu Beginn der Kämpfe in unserer vorderen Linie lag, den einzigen Vorteil, der dem Gegner zufließt. Was wir am Südsüdkügel der Karst-Hochfläche an einzelnen Gräben vorübergehend verloren hatten, ist durch Gegenstoß zurückgewonnen worden. Hatten unsere Führer und ihr Generalstab in rastloser gründlicher Anwendung der Kriegserfahrungen für die siegreiche Abwehr die Vorkehrung geschaffen, so errangen unsere braven Truppen — ihnen wie immer voran die Infanterie als ruhmreiche Trägerin schwerer Kämpfe — in beispielgebendem Heldentum neuerlich dauernden Ruhm.

Gleich erfolgreich verliefen für unsere Tapferen die Kämpfe im Wiprach-Tal und bei Görz, wo nicht ein einziger schmaler Graben in Feindeshand verblieb. Auf der Hochfläche von Bainsizza-Heiligen Geist war den Italienern ein Anfangserfolg vergönnt, der unsere Führung veranlaßte, 15 Kilometer der Frontlinie auf 2 bis 7 Kilometer zurückzunehmen. Von da an scheiterten alle Versuche des Feindes, durch mächtige Angriffe auf den Monte San Gabriele und gegen den Abschnitt nordöstlich davon den unter großen Opfern errungenen ersten Raumgewinn zu einem operativen Erfolg auszubauen. Die Kriegslage am Isonzo ist durch die Ereignisse bei Vich und Bainsizza in keine Weise beeinflusst worden. Das Ringen um den Monte San Gabriele im Besonderen wird stets dann anzuführen sein, wenn es Beispiele zähen, ruhmvollen Verteidigungskämpfe hervorzuheben gilt. Das italienische Kraftangebot in der ersten Isonzo-Schlacht — 48 Divisionen auf ebensoviele Kilometer angelegt — sucht an Masseneinsatz in allen Angriffsschlachten des Weltkrieges seinesgleichen. Die italienischen Verluste entsprechen ihrer Gefechtsführung. Sie betragen — 20 000 Gefangene mitgezählt — nach strengster Berechnung 230 000 Mann, also fast ein Viertel einer Division.

Die Heeresgruppe des Generalobersten Borovic kann auf die jüngsten Erfolge die beste Zuversicht setzen, daß an ihrem siegreichen Widerstand auch fernherin alle Anstürme des um Ränder-taus freigehenden Feindes zerschellen werden.

Albanien.

Der Feind ging nachmittags gegen unsere Gebirgsstellungen östlich von Potgradic zum Angriff vor, und wurde überall abgeschlagen, an zwei Stellen durch schnelle Gegenstoß österreichisch-ungarischer Bataillone. Im Raum südlich von Berat wiesen unsere Schutztruppen feindliche Angriffe in lebhaftem Kampf zurück. Ein italienisches Schiffsgefecht bei der Gegend nördlich der Bojula-Mündung das alte, an geistlichen Erinnerungen reiche Kloster Pojan. Dieses wurde gleichzeitig von Fliegern bombardiert, welche mehrere Einwohner töteten.

## Rußland.

Der Czjar für einen Sonderfrieden.

„Birshewija Wjedomosti“ meldet, daß in nächster Zeit wichtige Enthüllungen aus dem Nachlaß des verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Stürmers aus Tageslicht kommen werden. Stürmers Nachlaß enthält sehr wichtige Dokumente über die Geschichte des Krieges. Nach dem erwähnten Blatt soll der Zar während der Amtszeit Stürmers tatsächlich die Absicht gehabt haben, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen, dieser Entschluß sei jedoch von mehreren nicht genannten Personen durchkreuzt worden. Dieser Teil der russischen Kriegsgeschichte werde durch wertvolle Dokumente aus Stürmers Nachlaß reiflich aufgeklärt werden. Ferner werden Stürmers Aufzeichnungen die Beziehungen des „Ancien Regime“ zu den alliierten Regierungen in sensationeller Weise berühren. Gegenwärtig werden die Aufzeichnungen Stürmers von den politisch geschulten Erben Stürmers für die Bedürfnisbefriedigung redigiert. „Nowaja Schina“ meint hierzu, daß hauptsächlich die englisch-russischen Beziehungen unter dem alten Regime durch Stürmers Dokumente eine interessante Aufklärung erfahren werden.

## England.

Eine Hejrede Barnes.

Ria Reuter aus London meldet, hat Minister Barnes, der an Hendersons Stelle der Vertreter der Arbeiterpartei im Kriegskabinetts-Land Georges geworden ist, in Remonville eine Rede gehalten. Er drängte darin auf die Fortsetzung des Krieges, bis das einzige Ende erreicht sei, das zu Vereinigung sei mit der Freiheit, die Vernichtung des preußischen Militarismus. „Der Frieden, der schließlich eingezogen werden wird,“ so betonte Barnes, „wird auf dem Stärkeverhältnis der verbleibenden Parteien bei Kriegsende beruhen.“ Deshalb müssen alle, die einen dauerhaften Frieden wünschen, alle ihre Kräfte darauf richten, das englische Heer zu stärken.

Barnes fuhr fort: „Viele Unglücksprophezen sind unglaublich verträglich, wenn sie dieses Land (England) in den dunkelsten Farben schildern. Diese Unglücksprophezen sagen, daß wir Engländer jetzt einen Frieden durch Verhandlungen haben müßten, weil wir nicht in der Lage sind, einen Frieden zu erwarten. Aber wir Engländer und unsere Alliierten haben große Taten vollbracht und tun dies noch. Und die Vereinigten Staaten haben noch gar nicht recht begonnen.“ Er sprach jedoch keine Freude darüber aus, daß der Gewerkschaftsbund sich vor einigen Wochen geweiht habe, an der Konferenz in Stockholm teilzunehmen. Er, Barnes, sei zwar dafür, daß die Arbeiter Stimme und Einfluß haben sollen bei Beginn der Friedensverhandlungen, aber zuerst müßten die Arbeiter unter sich selbst darüber einig sein, was sie überhaupt wollten. Er hoffe, daß durch den Verlust des Krieges solchen diplomatischen Beziehungen, wie sie in der letzten Woche durch Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren enthüllt worden seien, ein Ende gemacht werde. Es war deutlich, daß Deutschland nicht mehr zu bestehen vermöge.

Barnes fuhr fort, er sei drei Jahre lang im Irland befangen gewesen in seiner Spannung gegenüber Deutschland. Aber die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Parlaments habe ihm bewiesen, daß diese beiden ganz verrottete Stäbe seien, wenn man sich darauf verlassen wolle. Obwohl Deutschland keine bisherige Hoffnung, die Welt Herrschaft zu erlangen, verloren zu haben scheint, so sei trotzdem keine Veränderung des Gefühls in Deutschland zu bemerken. Deutschland könne jetzt keine Hilfe erwarten, weil kein Staat

nachließen und die Kräfte seiner Gegner zunehmen. Friedensverhandlungen in diesem Augenblick würden eine Irreführung und ein Fallstrick sein. Der erste Schritt, den Deutschland unternehmen müsse, um zum Frieden zu gelangen, sei, sich aus Belgien zurückzuziehen und für alles, was es getan habe, Vergütung zu leisten.“ Barnes schloß: „Es ist unser Ziel gewesen, für das Recht zu kämpfen und ohne Hoffnung auf materiellen Gewinn, aber der Gewinn muß von einer Seite kommen, wo man ihn am wenigstens erwarrete.“ Wir registrieren diese Rede lediglich!

## Allerlei Kriegsnachrichten.

Friedenszuversicht im Vatikan.

Der Korrespondent der „United Press“ in Rom will aus dem Vatikan erfahren haben, man erwarte dort zuversichtlich, daß die Antwort der Mittelmächte bestimmte Friedensbedingungen enthalten werde. Der Papst wäre der Ansicht, die Verhandlungen würden noch vor Weihnachten beginnen und der Frieden würde Anfang 1918 gesichert sein.

Die Burzowschen Enthüllungen

Über das deutsch-russische Abkommen zwischen dem Kaiser und dem Zaren geben dem Kopenhagener Vertreter des „Rustojce Slowo“, Trojky, Gelegenheit, über Unterredungen zu berichten, die er wegen dieser Frage im Juni 1914 mit dem Grafen Witte hatte. Trojky teilt in „Politiken“ mit, daß Witte, was übrigens schon bekannt war, jahrelang für ein deutsch-französisch-russisches Kontinentalabkommen eingetreten sei und darüber mit Kaiser Wilhelm oft gesprochen habe. Witte habe sich bemüht, in Deutschland die Ueberzeugung zu verbreiten, daß die erste Voraussetzung eines solchen Abkommens eine Verständigung der elsass-lothringischen Frage wäre. Wenn Wittes Bemühungen keinen Erfolg gehabt hätten, so habe das, wie dem Korrespondenten zufolge Witte selbst erklärt habe, an folgender Ursache gelegen: Deutschlands Fehler sei es gewesen, immer den Parisismus gegen das russische Volk zu unterstützen. England habe rechtzeitig die Bedeutung der russischen Volksbewegung erkannt. Das Wort, das Campbell Bannermann nach der Auflösung der ersten Duma sprach: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma!“ sei durch das ganze russische Volk gegangen und habe die Einleitung zur Entente gebildet. Dagegen habe sich in den aufgefälligen politischen Kreisen Rußlands um dieselbe Zeit eine so starke deutschfeindliche Stimmung auszubreiten begonnen, daß es sich als unmöglich herausstellte, eine Allianz zwischen den beiden Völkern zustande zu bringen. Witte habe diese Dinge ausführlich in seinen Memoiren besprochen, die aber bisher noch nicht erschienen konnten. Der Korrespondent erklärt übrigens, daß er die gegebene Darstellung in Briefen von Wittes eigener Hand bestätigt erhalten habe, und daß diese Briefe sich in Berlin befänden, wo Trojky vor dem Kriege gelebt hat, und wo ihm diese wie andere Papiere bei Kriegsausbruch von der Polizei abgenommen wurden.

Das „freie“ Amerika.

Wie der amerikanische Generalkonsul a. D. Coffman in einem Artikel im heutigen „Hamb. Corr.“ ausführt, hat er zuverlässige Nachrichten aus Amerika erhalten, nach denen über 1200 Mitglieder der unabhängigen amerikanischen Arbeiterorganisationen verhaftet und interniert worden sind, weil sie für einen Frieden der Vereinigung agitiert haben.

So unterdrückt Wilson, der „Freiheitskämpfer“ und angebliche Friedensfreund, die für den Frieden arbeitenden Bürger.

Verstärkter amerikanischer Druck auf Schweden.

Das amerikanische Staatsdepartement gab bekannt, daß man für die Ausfuhr von Waren nach Schweden zukünftig greifbare Beweise verlangen werde, daß die Waren in Schweden selbst benötigt werden und nicht schließlich Deutschland zugute kommen. Bisher begnadigte man sich mit der Versicherung der schwedischen Regierung.

Schwere Ausschreitungen in Kanada.

Auf den Generalgouverneur von Kanada, den Herzog von Devonshire, wurde von einem Kriegsgegner ein Revolverschuß abgegeben, der aber fehl ging. In Toronto, Quebec und Montreal haben in den letzten Augusttagen schwere Ausschreitungen der Antimilitaristen stattgefunden. In Toronto versuchten sie in die Regierungsgebäude zu gelangen, wurden hieran aber durch ein starkes Militärausgebot gehindert. Es kam dabei zu blutigen Zusammenstößen. In Montreal zog eine Menschenmenge, gegen den Krieg und gegen die Einführung der Zwangsrekrutierung protestierend, durch die Straßen. Eine Anzahl behördlicher Gebäude wurde von der Menge demoliert. Schließlich stürmten die Antimilitaristen die Redaktionsgebäude der „Montreal Gazette“ und der „La Presse“. Die Redakteure wurden schwer mißhandelt, Druckereimaschinen demoliert. Ein starkes Truppenausgebot war machtlos. Die Unabhängigkeitsbewegung in Kanada ist nach dem Urteil englischer Blätter im Wachsen.

Ein Märchen.

„Daily Telegraph“ läßt folgende Ente aus Newyork aufplattern: Das Auswärtige Amt in Berlin hat sich durch Vermittlung des Herrn v. Rühlmann zu vergewissern gesucht, was man in den Vereinigten Staaten jetzt über die Friedensbedingungen, die die Wiederherstellung Belgiens und die Unabhängigkeit von Elsass-Lothringen enthalten, sage. Es ist Herrn v. Rühlmann ersichtlich gelungen, mehrere verschiedene Lesarten in Umlauf zu bringen, aber alle haben sie das gemeinsame, daß die Kosten für die Wiederherstellung von Belgien mit englischem Gelde bezahlt werden müssen, und zwar mit dem Gelde, das England bezahlen soll als Kaufpreis für die von den Deutschen verlorenen afrikanischen Kolonien. Schon vor zwei Wochen habe der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ in Washington diese Darstellung gehört, die jetzt in den vornehmsten amerikanischen Zeitungen fand. Man habe aber diese Friedensgedanken nicht einmal wörtlich erwogen, weil die amerikanische Obrigkeit sich nicht imstande fühlte, mit der kaiserlichen Regierung zu verhandeln, und weil in Deutschland in diesem Augenblick sich noch keine Zeichen von Reue und Besserung zeigten.

Eine beachtenswerte Friedensstimme.

Der amerikanische Senator Lewis hat in Philadelphia in einer Versammlung von Friedensliebenden



gern gesprochen und dabei unter anderem gesagt, daß die bedeutendsten militärischen Sachverständigen der Welt, einschließlich der amerikanischen, soweit sie nicht unter fremdem Einfluß stehen, erklären, daß die kämpfenden Heere den Krieg nicht zur Entscheidung bringen können. Auch das Eingreifen Amerikas könne diese Ansicht nicht ändern. Amerika werde niemals imstande sein, eine solche große Truppenmacht, das heißt zwei bis drei Millionen, die dort den Ausschlag geben könnte, nach Europa zu schicken. Die amerikanischen Truppenbewegungen könnten in die bestehenden Verhältnisse keine Veränderung bringen. Was sollten 8, 20 000 bis 30 000 Mann, auf einmal entsandt, erreichen? Aus den englischen Verlustlisten gehe hervor, daß ein derartiger Transport in vier bis sechs Tagen angerufen sei. Es sei frevelhaft, trotz dieser Erkenntnis den Krieg fortzusetzen. Nach seiner Ansicht werde sich keines der kriegsführenden Völker wieder leichtsinnig in einen neuen Krieg hineinziehen lassen. Diese Gewißheit sei vollkommen ausreichend, um die Grundlage zu einem Friedensbündnis der Völker zu bilden. Die Streitfrage, die Amerika zur Kriegserklärung veranlaßt, hätte sich sehr gut durch ein Schiedsgericht entscheiden lassen. Es sei noch nicht allgemein bekannt, warum dies nicht geschehen ist, doch hoffe man, dies noch zu erfahren. Es sei nichts anrechenliches, wenn die Friedensanhänger energisch für den Frieden kämpfen und in ganz Amerika ihre Stimmen dafür erheben.

# Der amtliche Kriegsbericht.

W. G. Großes Hauptquartier, 12. Sept. (Amtl.)  
Beklimmer Kriegshauptlag.

### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In mehreren Abschnitten der flandrischen Front, im Artois und südlich von St. Quentin lebte die Feuerstätigkeit in den Abendstunden beträchtlich auf. Vielfach kam es zu Zusammenstoßen der Infanterie im Vorfeld unserer Stellungen.

### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Nach starker Feuerwirkung brachen französische Abteilungen zu gewaltsamen Erkundungen heiderseits der Straße Somme-Py-Souain in der Champagne vor. Sie wurden durch Feuer und im Nahkampf zurückgetrieben. Gefangene blieben in unserer Hand.

Vor Verdun hat die Kampfstätigkeit der Artillerie nachgelassen.

19 feindliche Flieger sind abgeschossen worden. Einen davon brachte Leutnant Bog (46. Luftflieg) zum Abtun.

### Ostlicher Kriegshauptlag.

#### Seeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

An mehreren Stellen zwischen Döse und Düna warfen unsere Vortruppen russische Aufklärungsabteilungen durch Kampf zurück.

Die Zahl der Gefangenen aus der Schlacht bei Riga ist auf 8900 festgestellt. Die Beute beläuft sich auf 325 Geschütze, davon ein Drittel schwere, mehrere beladene Volk- und Kleinbahnzüge, große Pioniergeräte, Schießbedarf und Verpflegungsvorräte, zahlreiche Kraftwagen und andere Truppenfahrzeuge.

### Front des Generalobersten Erzherzog Josef:

Zwischen Pruth und Moldawa vielfach rege Artillerie-tätigkeit und Erkundungsgefechte.

Die Russen setzten bei Solka ihre Angriffe nicht fort. Südwestlich des Targui-Dona stieß der Feind fünfmal gegen unsere Linie vor. Stets wurde er verlustreich abgewiesen.

### Mazedonische Front.

Die Lage am Südufer des Džirica-Sees hat sich nicht wesentlich verändert.

In Belen von Monastir härteres Feuer als in letzter Zeit.

Der Erste Generalquartiermeister: Sodenbott.

## Die Kriegskosten unserer Feinde.

Von Prof. Dr. Willi Prion, Berlin.

### 2. Italien.

Die Verhältnisse in Italien liegen nicht viel anders als in Rußland. Die Gesamtkosten betragen bis zum 1. Oktober 1917 etwa 21,5 Milliarden Mark. Davon sind durch vier langfristigen Anleihen (zu 4 1/2 und 5 v. H.) rund 5,5 Milliarden Mark aufgebracht worden. Bei der 4. Anleihe konnte nur noch ein Kurs von 90 v. H. erzielt werden, und obwohl sie sonst noch mit allen denkbaren Reizmitteln ausgestattet war, hat sie bei einer tatsächlichen Verzinsung von 5 1/2 v. H. nur einen Barerlös von 1,8 Milliarden Mark erbracht. Wie in Rußland, so sind auch in Italien die Banken veranlaßt worden, von den einzelnen Anleihen große Beträge auf eigene Rechnung zu zeichnen. In schwebenden Schulden waren Ende Mai ds. Js. — im Inland und Ausland — im ganzen über 7 Milliarden Mark vorhanden. Davon haben die Notenbanken etwa 2 Milliarden Mark und die Ausgabe von Staatspapiergeld fast 1 Milliarde beisteuern müssen. Der Notenumlauf der Emissionsbanken ist vom 31. Juli 1914 bis 31. März 1917 von 1,8 auf 4,1 Milliarden gestiegen. Also auch Italien hat nur einen geringen Teil seiner Kriegskosten durch feste Anleihen decken können.

Die Auslandsverpflichtungen Italiens sind gleichfalls groß. Der wirkliche Einfuhrüberschuß ist für das Jahr 1916 von italienischer Seite auf acht Milliarden Mark berechnet worden — ein für die italienische Volkswirtschaft gar nicht herauszuwirtschaftender Fehlbetrag. Italien leidet besonders unter den hohen Preisen (und den hohen Preisen für Kohle), da Amerika vielfach an Stelle der deutschen und österreichischen Lieferanten getreten ist. Die Bezahlung in Amerika hat große Schwierigkeiten gemacht, da Italien nicht über die Sicherheiten verfügte, die die amerikanischen Kreditgeber verlangten. Die ungünstigen Zahlungserhältnisse drücken sich in den Wechselkursen aus. Die italienische Lira hat in der Schweiz eine Entwertung von über 50 v. H. erfahren. Die neuerdings gekommene amerikanische Hilfe befreit zwar von der Sorge um die Beschaffung von Krediten, nicht aber von der Verpflichtung der Rückzahlung der großen Schuldbeträge.

Der italienische Finanzminister hat wiederholt und offen die unbefriedigende Lage der italienischen Finanzen zugegeben. Finanzpolitiker raten zur verstärkten Ausgabe von Schatzscheinen, weil sie allein im Inland noch Geld bringen würden. Das bedeutet nichts anderes, als das offene Geständnis, daß die italienische Bevölkerung kein Vertrauen zur Kursbeständigkeit der festen Anleihen hat. Italien, das sich vor dem Kriege in aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung befand, geht sicherlich nach dem Kriege schweren finanziellen Erschütterungen entgegen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Kampf gegen den Reichstag beginnt.

Die freiconservative „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht einen „Aufruf an die Schlesier“, in dem es heißt: „Das deutsche Volk steht nicht hinter diesen Volksovertreten! Wir verlangen Einigkeit im Innern und schärfste Bekämpfung unserer Feinde bis zu dem Frieden, den Deutschland braucht!“

Unterzeichnet ist der Aufruf von auffallend vielen Beamten aller Grade der Berg-, Post- und Eisenbahnerverwaltung, sowie von Handwerkern.

#### Die „Vaterlandspartei“.

Die beiden Vorsitzenden der neugegründeten „Vaterlandspartei“, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und der Großadmiral Tirpitz erlassen noch einen Extraaufruf, der zum Beitritt zu der „Partei“ auffordert und erneut den Erwerbungsfrieden proklamiert. Der Aufruf besagt darüber: „Die Feinde, voran Präsident Wilson, sehen, daß sie unsere Niederlage mit den Waffen nicht erkämpfen können. So haben sie auf die deutsche Kurzsichtigkeit und hoffen, mit ihrer Hilfe den Sieg zu erkämpfen. Sie sollen sich täuschen. Die Kriegslage ist gut. Siegreich kämpfen unsere Heere auf allen Fronten. Unerkühnlich hält unsere Flotte Wacht. Unsere U-Boote zehren, des Erfolges sicher, am Lebensnerv unserer Feinde. Die Ernährungs-schwierigkeiten können und werden wir überwinden. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, wir könnten auf dem von einer Mehrheit des Reichstages neuerdings eingeschlagenen Wege dem von allen ersehnten Frieden näherkommen. Randsleute in Nord und Süd, in Ost und West! Schart Euch einmütig in der deutschen Vaterlandspartei zusammen, damit wir der Welt beweisen, wir lassen uns durch atemenden und durch nichts von dem festen Willen abbringen, zu siegen und den Lohn unseres Sieges zu erringen. Das Bismarck uns erlitten und Hindenburg uns gegen eine Welt von Feinden erhalten, das soll niemand uns verkürzen. Wir wollen keinen Dankschreiben, der uns unerträgliche Lasten und

sehn auf viele Jahrzehnte auferlegt. Wir wollen einen Frieden erzwingen, der uns freie Entwicklung und neue Blüte sichert.“

Wiewiele Hunderttausend Menschenleben die „Vaterlandspartei“ noch daran setzen will, um ihre Ziele zu erreichen, sagt sie nicht.

## Nach Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 12. September.

### Trauer.

Nieder neigen sich die Pfade,  
Abwärts will es wieder gehn:  
Meiner letzten Rolle Blätter  
Kraftlos weht im Wind verwehn...

Jubelnd zählt' ich jede Knospe,  
Die dem grünen Reis entsprang,  
Und der Knospe wie der Blüte  
Galt mein erster Morgengang.

Dieß ich abends tagwertmüde  
Meine Augen darauf ruhn,  
Weckte Duft und Fadenfülle  
Solben Friedensstrom... Und nun? —  
Adolf Mæge.

### Ein Kohlrübenstreit.

Auf einer Logung für kriegswirtschaftliche Aufklärung in Dresden soll nach Zeitungsberichten der Halle'sche Physiologe Abderhalden vor dem Genus der Kohlrübe (Stedrlübe) gewarnt haben. Die an verschiedenen Orten ausgebrochenen Epidemien habe dieser Zusammenhang auf den Genus der Kohlrübe zurückzuführen. Die Unternehmung nach dem Stoff in der Kohlrübe, der schädlich sei, sei noch nicht beendet.

Darauf ertegnete Prof. Boas (Berlin) in der „Voss. Ztg.“: „Kohlrüben seien schon immer viel gegessen worden, aber weder auf dem Lande noch in den Städten habe man jemals etwas von nachteiligen oder gar gesundheitsgefährlichen Wirkungen gesehen. Die Kohlrübe habe sich in dem kochstoffreichen Winter „für breite Volksschichten als wahrer Retter in der Not“ erwiesen. Ihr Hauptvorteil“, schreibt Boas, „besteht darin, daß sie ein Füllungs-mittel ersten Ranges“ für den Magen ist.“

Selbst dieser Verteidiger der Kohlrübe weiß also von ihr nicht viel mehr, als den fragwürdigen „Vorzug“ zu rühmen, daß sie — den Magen füllt. Der Angriff auf die Kohlrübe rief aber auch noch andere Verteidiger auf den Plan. Die Behörden wollten diesen Liebhaber der Winterzeit 1916/17 nicht ohne Schutz lassen und fragten Abderhalden, ob er die Kohlrübe wirklich in solch schlechten Ruf habe bringen wollen. Mit einer Anfrage hatte sich zum Beispiel auch der Magdeburger Magistrat an den Gelehrten in Halle gewandt. Der Antwort des Professors entnehmen wir folgende Stellen:

„Ich habe bereits in der „Saale-Zeitung“ eine Richtigstellung in der Rübenfrage veröffentlicht. Ich betonte, daß unsere jetzige Nahrung in ihrer Zusammensetzung gut sei. Krankheiten, die sich mit der jetzigen Ernährung in Verbindung bringen ließen, seien mit einer Ausnahme nicht aufzutreten und auch nicht zu befürchten. Diese Ausnahme sei nach der Ansicht der Unterjücker bei lang dauernder, ausschließlicher Kohlrübenernährung aufzutreten. Ich empfahl deshalb, die an und für sich wohl kaum schädliche Kohlrübe nicht längere Zeit als Hauptnahrungsmittel zu verabreichen, sondern in Verbindung mit anderen Nahrungsmitteln.“

In der „Voss. Ztg.“ hat Professor Abderhalden ebenfalls eine Erklärung veröffentlicht. Darin sagt er, nur gegen die Kohlrübe als Hauptnahrungsmittel habe er sich ausgesprochen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Kohlrübe auf keinen Fall wieder „längere Zeit hintereinander verabreicht wird“. Kohlrübenperioden dürfe es nicht mehr geben. Wird die Kohlrübe zusammen mit anderen Nahrungsmitteln gegeben, so will er sie nicht beschränken. „Ich gebe“, schließt er, „keine Unvorsichtige Empfehlung, daß die Kohlrübe in großen Mengen

als Beikost und nicht mehr als Hauptkost in Erziehung Frei wird.“

Also die Kohlrübe kann sehr oft und mit großer Liebe betrachtet werden, viel Schönheit und Nahrungswert ist an ihr nicht zu entdecken. Es wird schon am besten sein, den Menschen Kohlrüben und dem Vieh Kohlrüben zu geben. Nicht umgekehrt.

Ich sehe nicht, Sie sprechen erregt, es sind Kriegsgewinnler. Den einen bracht der Krieg Millionen, den anderen Tausend Ehren. Sie erörtern sich gegen einen „vorgefertigten“ Frieden. Aber einer sitzt still da und schaut maßlos glücklich zu die Ferne. Und Schweigen reizt einen Sprecher und er wendet sich an Sie: „Sehen Sie denn nicht, wie der Krieg neue Kräfte in uns geweckt hat, wie er unser Volk geistig hat?“ — „Nein, ich sehe nicht, ich bin im Felde erblindet.“ Eifriges Schweigen und sie erwidern sich verlegen.

### Von der Feuerwehr.

Die Behörde für das Feuerlöschwesen der Stadt Lübeck erstatet jeben ihres Jahresberichts für das Geschäftsjahr 1916. Wir entnehmen daraus folgende Angaben: Am Schluß des Berichtsjahres waren von den Beamten der Feuerwehr noch im Heeresdienst Brandinspektor Czarnapad, 1 Geleiter, 27 Feuerwehrmänner und 1 Bureauhilfsgehilfe. Infolge Todes, Verletzung in den Ruhestand und anderweitiger Abgänge waren 11 Stellen unbesetzt. Es waren am 31. März 1917 im Dienst Branddirektor Deditius, der Geschirrmacher, Kochmeister, Metzger, der Telegraphenmechaniker, der Wachtmeister, 2 Wache-wachmeister, 11 Oberfeuermänner, 9 Gesetze, 22 Feuerwehrmänner, zusammen 48 Mitglieder der Feuerwehr, darunter 1 Geleiter und 2 Feuerwehrmänner, die vorläufig von ihrem Truppenteil beurlaubt waren. Zur Aushilfe waren 18 Hilfsfeuerwehrlente eingestellt, darunter ein vom Heeresdienst beurlaubter Landsturmman. Außer dem Branddirektor, dem Geschirrmacher und dem Telegraphenmechaniker betrug der Mannschafbestand am 31. März 58 Köpfe, von denen zur Hauptwache 36, zur Wache St. Lorenz 15 und zur Wache Eintrachtstraße 5 gehörten. Der Gesundheitszustand der Mannschaft war kein günstiger. — Am Schluß des Berichtsjahres waren 86 Hauptfeuermelder und 61 Nebenfeuer-meldern vorhanden. 44 Scheiben der Feuermelder wurden aus Unvorsichtigkeit, aus Anflug oder böswillig zertrümmert, ohne daß die Melder abgezogen wurden; außerdem wurden 16 mal Feuermelder aus Anflug oder böswillig in Tätigkeit gesetzt. Auf den 3 Wochen liefen 118 Feuermeldungen ein, die 88 Brandfälle, darunter 3 in den äußeren Vorstadtbereichen und 26 blinde Alarmlärme betrafen. 2 Feuer wurden 2 mal gemeldet. Die Feuermeldungen erfolgten durch Feuermelder 69 mal, durch feste Feuerwehrröhren 1 mal, Reichsfernsprecher 32 mal, mündliche Meldung auf den Wachen 15 mal, durch Polizeifernsprecher 1 mal. 85 Brände im gesamten Stadtgebiet wurden der Feuerwehr bekannt, die zu 88 dieser Brände ausrückte und zwar die Hauptwache 62 mal, die St. Lorenzwache 29 mal und die Wache III 1 mal. 7 kleine Feuer-schäden wurden erst später von der Polizei der Feuerwehr mitgeteilt. Die Zahl der Brände war auch in diesem Jahre bemerkenswert niedrig. 26 mal fanden blinde Alarmlärme statt, darunter 10 aus Anflug; die Hauptwache rückte dabei 18 mal, die St. Lorenzwache 8 mal ab. 1 mal wurde nach kleinen Bränden oder infolge von Raucherfäulnissen u. a. die Feuerwehr um Feststellung ersucht. Zu anderen Vorfällen wurden als zuerlösch-zwecken wurde die Feuerwehr 165 mal in Anspruch genommen, und zwar 48 mal um gestürzte Pferde in Ställen und Grundstücken, 32 mal um gestürzte Pferde auf der Straße aufzurichten, 20 mal um Seeschiffen Kessel- und Trinkwasser zuzuführen, 1 mal um einen Landkessel mit Wasser zu versehen, 8 mal um ins Wasser gefallene Personen zu retten oder ihnen Hilfe zu leisten, wobei 6 mal ein Pulmotor benutzt wurde, 8 mal bei Gasvergiftungen, wobei jedesmal ein Pulmotor gebraucht wurde, 2 mal um Erhängten mit dem Pulmotor Hilfe zu leisten, 10 mal um Noter-hände anzulegen oder anderweitige Sanitätshilfe zu leisten, 23 mal um lose Gebäudeteile, gestürzte Bäume und abgebrochene Äste zu beseitigen, 3 mal bei Straßenbahnunfällen, 2 mal um Keller leer zu pumpen, 1 mal um Kinder zu bergen, die in einer Wohnung eingeschlossen waren und in Gefahr waren, zum Fenster hinauszustürzen, 1 mal zum Herunternehmen einer in einer Transaktion hängenden Leiche, 1 mal bei einem Bau-unglück, je 1 mal zum Ausschleichen einer Bogenlampe und einer Flaggenleine, 1 mal zur Beseitigung eines auf der Straße zusammengebrochenen Automobils, 1 mal um eine Gasbeleuchtungs-anlage in Ordnung zu bringen. Von den 88 Bränden, zu denen die Feuerwehr gerufen wurde, waren 8 Großfeuer, 11 Mittelfeuer, 68 Kleinfeuer und 1 Schornsteinbrand. Von den Bränden wurden betroffen: Wohngebäude 60 mal, Fabrikgebäude 7 mal, Lager-räume 5 mal, Schuppen 3 mal, Läden 3 mal, Hofräume 3 mal, Seebäder 2 mal, Gastwirtschaften, Mühlen, Kaffeeöstereien, Ställe, Photographische Ateliers, Bureaugebäude, Theater, Licht-spieltheater, Treibhäuser, Wägen, Möbelwagen, Komposthaufen je 1 mal. Die Krankenwagen wurden 2201 mal gegen 1767 mal im Vorjahre benutzt.

### Ein humanistischer Druckschüler hat sich in dem gestrigen Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins eingeschrieben. Es muß dort auf Seite 3, Spalte 3, erste Zeile von oben heißen: „Weiter vertritt er die Meinung, daß man das Gold (nicht Geld) in gleicher Weise wie das Aluminium und Kupfer vom Reich beschlagnahmen solle.“

### Bücherei Straßengasse.

Betriebsergebnisse für den Monat August 1917. Besördert sind: 1917: 2 209 661 Personen, 1916: 1 480 379 Personen, mehr 729 282 Personen. Eingenommen sind: 1917: 219 380,98 Mark, 1916: 150 919,86 Mark, mehr 68 411,12 Mark.

### Einem „Aufruf zur Sammlung der Geister“ veröffentlicht heute das hiesige behördliche und alldeutsche Organ. Es wird darin aufgefördert, sich „einmütig in der Deutschen Vaterlandspartei zusammen zu scharen“. Da diese sogenannte Vaterlandspartei den Zweck hat, die alldeutschen Kriegsziele zu propagieren und die Bestrebungen auf Herbeiführung eines baldigen Verständigungsfriedens zu discredittieren, so ist zu erwarten, daß die hiesigen alldeutschen Erwerbungsaktivisten, die ja erst vor einiger Zeit die deutsch-haltige Gesellschaft gründeten, nunmehr auch eine Filiale dieser „Vaterlandspartei“ errichten werden. Dann kann das Telegraphieren wieder losgehen. Die es machen, sind jedoch immer dieselben „Geister“, die im Volk keinen nennenswerten Anhang finden.

### Angelegentliche Krankheiten

wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat August in 189 Fällen gemeldet. Davon betrafen 107 Fälle (tödlich verlaufen) Diphtherie, 17 Scharlach, 5 Malaria, 3 Ruhr, 3 (tödlich) Malaria, 2 (tödlich) Typhus, 1 (tödlich) Wadenbettläufer und 1 Genitalstarr.

### Der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde

unternahm am verfloßenen Sonntag eine Besichtigungsjahrt nach Altentempe und Oldenburg i. Holstein. Ersteres, früher einfach Krempe genannt, war vor der Ueberflutung durch Neustadt oder Nienstempe, ein Platz von größerer Bedeutung. Heute ist's ein kleiner Kirchort, der zum Herrschaftlichen Haffelburg gehört. Dieser wurde zuerst in Augenchein genommen. Besonders interessant ist dort die reich in Koloko ausgestattete Vorhalle. Dann wurde die nahe Kirche zu Altentempe besichtigt, ein schöner romanischer Ziegelbau aus dem Anfange des 13. Jahrhunderts, ein Gegenstück zu unserm Dom, nur weit kleiner in seinen Abmessungen. Gleich dieses beiden gehört auch die Kirche zu Oldenburg zu den ältesten Gotteshäusern unserer Heimat. Es ist ebenfalls ein romanischer Bau, nur nicht so schön erhalten wie in Altentempe. Neben der Kirche in Oldenburg besuchte man auch die alte Wallanlage dort. Es ist eine alte wendische Burganlage von gewaltiger Ausdehnung, einst der Sitz der wendischen Fürsten Wagrow. Nach der Besichtigung war ein in Oldenburg. Ebenso war die Stadt damals ein bedeutender Handelsplatz und die Schiffe konnten von der See bis an die Stadt herankommen. Als der Hafen aber immer mehr verlandete, verlor Oldenburg seine Bedeutung und Lübeck trat in allem an seine Stelle. Den zahlreichen Erscheinungen hat sich durch diesen Ausflug Gelegenheit, mancherlei kennen zu lernen, was für die Geschichte Lübecks und unserer Heimat von Bedeutung ist.



**Hansa-Theater.** Die kommenden Sonntag beginnt im Hansa-Theater die Winterzeit mit dem größten Operettenschlager "Die tolle Komteß" von Walter Kollo. Die Leitung hat seine Kräfte und Mühen geschenkt, um diese Vorstellung zur Zufriedenheit auszuführen. Der Fischer-Mächten hat die Spielleitung. Der Vorverkauf hat schon jetzt im Hofsteinhaus, Zigarrenstand, begonnen.

**pb. Ein Dieb, der sich betraut.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Weissenborn, der in der Nacht zum 11. ds. Mts. bei dem Wirt Kleinsorge in Rotebeck einen Einbruchdiebstahl ausführte und dort Kognak und Zigarren gestohlen hatte. Der Genannte hatte sich derart betrunken, daß seine Festnahme am Latorte erfolgen konnte.

**Sandeshoben (Hb.)** Tödlich verunglückte der fast 15jährige Sohn des hiesigen Landwirts Appel. Der junge Mann war in Giechde beim Einfahren beschäftigt und stürzte infolge Scheuers der Pferde vom Wagen. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und starb nach einigen Minuten.

**Mönn.** In den Stadtsee gefallen und ertrunken ist Montag nachmittag der dreijährige Sohn des Kaufmannes Hinrich Meyer. Der Vater steht im Felde.

**Hamburg.** Zusammenlegung der Bäckereibetriebe. Die Bäckereinnung faßte folgenden Beschluß gegen die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe: Die am 11. September 1917 im Innungsaal des Gewerbehause verammelten Mitglieder der Hamburger Bäcker-Innung protestieren in letzter Stunde nochmals energisch gegen die vom Hamburger Kriegsvorstand geplante Regelung der Zusammenlegung von Bäckereibetrieben. Die Verammelten sind der Ansicht, daß das Hamburg Kriegsvorstand damit weit über das Maß des in ganz Deutschland Üblichen hinausgeht. Eine Zusammenlegung von Betrieben mit einem wöchentlichen Mehlverbrauch von 36 Zentnern hat bis jetzt noch nirgends im Deutschen Reich stattgefunden und ist auch nirgends beabsichtigt. Die erhoffte Ersparung von Arbeitskräften wird durch die Zusammenlegung nur in geringem Maße erreicht. Was an Arbeitskräften bei der Herstellung des Brotes vielleicht erspart wird, wird reichlich wieder aufgewogen für den Transport des fertigen Brotes zu den verschiedenen Abzweigstellen der einzelnen Betriebe. Es ist nicht einzusehen, daß eine Stilllegung von Bäckereien nur in den so wie so schon schwer um ihre Lebenshaltung kämpfenden Kleinbetrieben stattfinden soll, während die Großbetriebe davon gänzlich verschont bleiben. Daß einem großen Teil der geschlossenen Bäckereien ihr Geschäft und damit die Grundlage des Unterhalts für sich und ihre Familien vernichtet wird, steht außer aller Frage. Die Erhaltung der Kleinbetriebe könnte aber u. E. dadurch gefördert werden, daß man den Großbetrieben einen Teil ihres Mehlbezuges kauft, was ihr Weiterbestehen durchaus nicht gefährden würde, und dieses Mehl den Kleinbetrieben überweist. Dadurch könnte mandem Inhaber eines Kleinbetriebs, der jetzt im Felde steht, sein Geschäft erhalten bleiben. Außerdem könnte auch noch an Aufzügen und Fuhrwerk bespart werden.

**Mitona.** Milchpantischer vor Gericht. Wegen Milchpantischer hatte sich der in Mitona, Seibelstraße Nr. 24 wohnende Milchhändler Ad. Kreuzmann vor dem Mitonauer Schöffengericht zu verantworten. Einem Lazarettgehilfen, der für sein Kind Milch von A. bezog, kam die Milch verdächtig vor und er übergab daher eine Probe dem städtischen Untersuchungsamt. Darauf wurden durch einen Polizeibeamten Proben entnommen. Die Untersuchung der Proben ergab einen Zusatz von 28 Teilen Wasser zu 100 Teilen Milch. Der Angeklagte sowie seine Ehefrau bestritten jede Schuld. Der Antrag des Anwalts lautete auf eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen, 300 Mk. Geldstrafe und Publikation des Urteils. Da der Angeklagte noch unbekannt ist, sah das Gericht von einer Freiheitsstrafe ab und erkannte auf eine Geldstrafe von 500 Mk. event. 100 Tage Gefängnis.

**Gikrom.** Zusammenlegung der Brauereien. Die Brauereibesitzer beider Großherzogtümer Mecklenburg hielten hier unter dem Vorsitz von Max-Rohost eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu der geplanten Zusammenlegung von Brauereien in Mecklenburg zum Zwecke der Erparnis von Kohlen und allen in Betracht kommenden Materialien auf dem Gebiete des Brauereiwesens. Zur Durchführung der geleglich angeordneten Maßnahmen bei Vermeidung aller Schäden für den einzelnen Brauereibesitzer wurde ein mehrgliedriger Ausschuss gewählt, dem auf Grund der Gikromer, vertraulich geführten Verhandlungen die Prüfung der heimischen Brauereiverhältnisse nach dem geleglich gegebenen und für die Zusammenlegung maßgebenden Normen übertragen wurde. Bei der Zusammenlegung von Brauereien dürfen in der Hauptsache nur solche Orte in Betracht kommen, in denen mehrere Brauereien vorhanden sind, wie dies in den größeren Städten der Großherzogtümer der Fall ist; die zerstreut über das Land verteilten sonstigen Betriebe dürfen weniger von den geleglichen Vorschriften erfaßt werden können.

## Aus der Partei.

**Dr. August Erdmann und die Sozialdemokratische Partei des Wahlkreises Dortmund-Hörde.** Dr. August Erdmann, der ehemals als Revisionist auf dem äußersten rechten Flügel der Partei stand, dann während des Krieges sich zur „erweiterten Minderheit“ rechnete, bei der Abstimmung über die Kriegskredite sich vor der Abstimmung drückte, ist bekanntlich im vorigen Monat aus der Partei ausgetreten und hat sich den „Unabhängigen“ angeschlossen. Das Verhalten Dr. Erdmanns stand stets im Widerspruch zur Parteiorganisation des Wahlkreises Dortmund-Hörde, den er im Reichstag vertrat. Dieser Wahlkreis steht ziemlich gelassen auf der Seite der Mehrheit. Der Austritt Erdmanns aus der Partei hat im Kreise wenig überrascht und auch keinerlei Aufregung hervorgerufen. Am Sonntag haben der Vorstand, der erweiterte Vorstand (Bezirksleiter) und die Kontrollkommission der Partei des Wahlkreises zu dem Austritt Erdmanns aus der Partei Stellung genommen. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der erweiterte Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde erklärt zu dem Austritt des Abg. Dr. Erdmann aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Erdmann hat seit längerer Zeit nicht mehr das Vertrauen der Parteigenossen im Wahlkreise, was ihm nicht unbekannt geblieben ist. Erdmann hätte daher ehrlicher gehandelt, wenn er zugleich mit dem Austritt aus der Partei das Mandat, das er der angestrebten Parteiarbeit verdankt, niedergelegt haben würde. Das ist unterblieben, weshalb ausdrücklich festgestellt wird, daß Erdmann kein Recht hat, sich fernerhin als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Arbeitererschaft zu betrachten. Der engere Vorstand wird beauftragt, der Parteiorganisation schnellstens einen neuen Kandidaten für die nächste Wahl zum Reichstag vorzuschlagen.“

## Soziales.

**Arbeiter oder Soldat?** Der Landsturmann S., welcher beim Zentralpferde depot beschäftigt war, war beim Brande einer Fabrik behilflich gewesen und hatte bei dieser Gelegenheit einen Unfall davongetragen. S. hatte von dem Fabrikbesitzer für die drei Tage, welche er beschäftigt wurde, Lohn erhalten. Als bei der Berufsgenossenschaft Entschädigungsansprüche geltend gemacht wurden, erteilte die Berufsgenossenschaft einen ablehnenden Bescheid, da es sich um eine nicht versicherungspflichtige Tätigkeit handle; S. komme nicht als Arbeiter, sondern als Soldat in Betracht. Das Reichsversicherungsamt vertrat aber einen anderen Standpunkt, indem es geltend machte, vorliegend handle es sich um einen entschädigungspflichtigen Betriebsunfall. Es könne nicht von einem Dienstbefehl gesprochen werden, monach Landsturleute des Zentralpferde depots sich an Arbeiten auf der Brandstätte zu beteiligen hätten. Es komme somit eine Urlauberteilung in Betracht. Es sei davon auszugehen, daß beurlaubte Soldaten sich in Privatunternehmen beschäftigen lassen können; dies sei vorliegend anzunehmen, auch habe S. von seinem Arbeitgeber Lohn erhalten.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Auch ein „Patriot“.** Die Stolper Strafkammer verurteilte den Kiltzergutsbesitzer Holz aus Schweskow zu einem Monat Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Holz hat größere Mengen von Kartoffeln, die noch zur menschlichen Ernährung geeignet waren, zu Spiritus gebraunt.

**Aus Kindesliebe ins Gefängnis.** Die Kindesliebe hat die schon sehr bejahrte Ehefrau Wels in Bochum für drei Monate ins Gefängnis gebracht. Von ihren vier im Felde stehenden Söhnen ist einer in Gefangenschaft. Da dieser öfter schrieb, sie möchte ihm um Gottes willen etwas Brot schicken, ließ sie sich verleiten, einer Bekannten mittels Einbruchs Brotbäcker zu stellen, um so Brot für den Sohn kaufen zu können. Es magte auf die gelegliche Kindesliebe von drei Monaten Gefängnis erkannt werden. Es wurde der Angeklagten geraten, ein Gnadengesuch an den Kaiser zu richten.

## Aus Nah und Fern.

**Ein Schäfer mit vierzig Schafen verbrannt.** Auf der Flur der Gemeinde Sillingen in Hannover rief ein Schäfer seine Herde vor einem herannahenden Gewitter in einen Stall, der mit Heu und Stroh angefüllt war. Ein Blitzstrahl setzte den Stall in Brand. Die Glut griff so schnell um sich, daß eine Rettung unmöglich war. Der Schäfer und sämtliche Schafe verbrannten.

**Das Osttheater in Hannover war der Schauplatz eines größeren Brandes.** Das Bühnenhaus brannte aus; der Zu-

gang der Zuschauer war stark gefährdet. Die Brandstiftung durch Emil Weidlich im „Pann. Göt.“ schreibt wurde nämlich bei herabgelassener eiserne Vorgang durch die Feuertage bogenförmig um einen Meter ausgedacht und aus den seitlichen Führungen herausgerissen, so daß Deckungen entfielen, durch die Flammen züngelten. Nur dadurch, daß die Berufsfeuerwehr diese immer wieder durchzüngelnden Flammen unermüdblich bekämpfte, wurde das Bühnenhaus gerettet.

**Bergmannsloos.** In Altenböhüm getieten auf Zechen Damsberg zwei Bergleute unter hereinbrechende Kohlenmassen und wurden getötet.

**Schweres Grubenunglück.** Dem „Oberschlesischen Wanderer“ zufolge sind in der Ludwig-Glück-Grube in Hindenburg (Oberschlesien) bei einem plötzlichen Zurückgehen einer größeren Anzahl von Pfeilerabschnitten im Schumannsloos 11. Mann verunglückt, davon sind 10 tot.

**Das Spielen mit Streichhölzern.** In Ragowo, Kreis Kosten, ist durch Spielen von Kindern mit Streichhölzern ein Brand entzündet worden. Dreißig Wirtschaften sind bereits zerstört. Weiter stehen in Flammen. Das Erntedatillon Kosten leistet Hilfsleistungen.

**Au Bilsbergung** sind in Thale (Harz) vier Personen gestorben.

**Schwere Bluttat einer polnischen Räuberbande.** Nach Meldungen aus Polen wurde in dem Dorfe Ruda Matowka bei Suwalki (Polen) die siebenköpfige Familie des Besitzers Januszanski von Räubern mit Werten niedergeschlagen. Der Besitzer und eine fünfjährige Tochter waren sogleich tot, die Frau, die Schwiegermutter und drei Kinder, darunter ein halbjähriger Säugling, wurden schwer verletzt. Die Räuber erbeuteten etwa dreihundert Mark.

## Neueste Nachrichten.

**Berlin, 11. September. (Amtlich.)** Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 7 Dampfer und 2 Segler mit 20 000 Brutto-Registertonnen, darunter zwei große bewaffnete Dampfer und ein englischer Transporter. Die beiden Segler hatten Grubenholz und Soda geladen.

**Der Chef des Admiralsstabes der Marine.** Lugano, 11. September. Wie aus Paris gemeldet wird, nahm der Kriegsminister Painleve den Auftrag zur Bildung des Kabinetts an, jedoch unter der Voraussetzung, daß ein nationales Konzentrations-Kabinet zustande kommt.

**Genf, 11. September.** „Havas“ gibt folgende wahrscheinliche Ministerliste bekannt: Ministerpräsident und Kriegsminister Painleve, Aussenminister Barthou, Finanzminister Klotz, Justizminister Renoult, Arbeiterminister (Sozialist) Kolonien Long und Verpflegungsminister Doussier.

**Stockholm, 11. September. (Eigener Drahtbericht.)** Aus einem im Sowjet-Bulletin wiedergegebenen Tsweetta-Artikel geht hervor, daß der russische Staatsstreich von der russischen Generalität mit vorbereitet war. Der Artikel beschäftigt sich mit der geübten Taktik gegen die Armeekomitees. Zuerst wurde beim Komitee der 2. Armee gehauscht, darauf folgte die vom General Bonowski befohlene Einstellung und Konfiskation des Komiteeorgans der 10. Armee. Auf Befehl dieses Armeekommandanten werden jetzt in der Staatsdrückerei, welche früher das erwähnte Blatt, die „Stimme der 10. Armee“ druckte, die Bulletins des reaktionären Verbandes der Offiziere des Großen Hauptquartiers hergestellt. Dem Anlaß zu der Verfügung gab, daß das Armeeeorgan auf die wachsende Gegenrevolution und auf die Umtriebe der Vorgekehrten hingewiesen hatte.

**Verantwortlich für die Kubrit, „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.**

**Inferate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen denen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben und seinen Sarg so reich mit Kranzen schmückten, unsern herzlichsten Dank.

**Elise Mundt Ww.**  
und Kinder.  
2612)

**Kürbisse**  
zu verkaufen, Bund 10 Pf.  
2616) Vorbecker 18a.

Um gebrauchte größere  
**Kaffee- oder Gewürzmühle**  
mit Schwungrad zu kaufen gesucht. Angeb. unter H M 12 an die Exped. d. Bl. (2616)

**Teilungs- und politische Schlagwörter**  
versteuert und  
ausgegeben von  
Adolf Braun  
Preis 30 P.

Zu beziehen durch:  
**Verlag des „Lübecker Volksboten“**  
Johannisstraße 46.

**Buchdruckerei**  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46

Anfertigung von illustrierten Katalogen  
Preislisten, Zirkularen, Formularen für  
Behörden und Private, Reklamedrucksachen,  
Familienanzeigen, Festschriften  
Visitenkarten, Geschäftsbüchern usw.

Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Bank-Konten:  
Lübecker Privatbank.  
Vorschuss- und  
Spar-Vereins-Bank  
in Lübeck.

**Glasweiben** aller Art off.  
D. Zandnis, Glashandlg.,  
Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808  
EB- u. Kochbirnen 30 Pf.  
2618) 10 Pf. 2.50 Mk.  
Hitzstraße 113.

**Goethes Werke**  
3 Bände 5.— Mk.

**Schillers Werke**  
4 Bände 6.50 Mk.

**Schiller (Prachtband)**  
4 Bände 8.50 Mk.  
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 8 Uhr  
**Die Macht der Liebe.**

**Hansa-Theater.**  
Sonntag, 16. September 1917  
abends 8 Uhr:  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
der Winterspielzeit.  
Die große Schlager-Operette  
**Die tolle Komteß**  
Operette in 3 Akten von  
Bernauer u. Schanzer.  
Musik von Walter Kollo.  
Vorverkauf schon jetzt im  
Hofsteinhaus und an der  
Theaterkasse. (2619)

**Stadthallen-**  
**Sommertheater**  
Mittwoch, den 12. Sept. 1917:  
Neuheit!! Neuheit!!  
**Der müde Theodor**  
Schwank von Neal u. Ferner.  
Donnerstag, 13. Sept. 1917:  
**Das Dreimäderlhaus.**  
Freitag, den 14. Septbr. 1917:  
**Der müde Theodor**  
Anfang der Vorstellungen  
8 Uhr.



Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Würzburg

für das Geschäftsjahr 1914/1917.

Annap und gedrängt ist der Bericht des Parteivorstandes über die schwerste Zeit im Leben der Partei. Obwohl die Tätigkeit umfangreicher und intensiver denn je war, die Fülle des Materials geradezu nach einer umfangreichen Darstellung drängte, zwingen technische Schwierigkeiten zu enger Konzentration. Mit Recht wird in ihm auf die zahlreichen Publikationen hingewiesen, die während der Kriegszeit notwendig wurden, und insbesondere die inneren Vorgänge in der Partei sowie ihre Politik behandelten. Sie bilden eine Ergänzung des jetzt vorliegenden Berichts, zu dem auch noch der für die Zeit vom 1. April 1913 bis Ende März 1914 gegebene kommt, der von der Presse noch vor Kriegsausbruch veröffentlicht wurde.

Diese Berichte mit den Zusammenfassungen über die Kriegspolitik, den "Materialien" über die Spaltungen der Fraktion und der Partei, den Protokollen über die Verhandlungen der Reichskonferenz im September 1916, den Verhandlungen des Parteiausschusses usw. geben dem Parteitage eine breite Basis für seine Verhandlungen.

Der Bericht gibt zunächst eine

allgemeine Uebersicht

über die politische Situation.

Das allgemeine Parteileben stand naturgemäß im Banne des Krieges. Die Partei bekämpfte die Kriegsgefahr so nachdrücklich und so lange sie konnte. Am 4. August aber stand sie nicht mehr vor der Frage: Krieg oder Frieden? Der Krieg war da. Von der stärksten Partei Deutschlands fordert die Schicksalsstunde eine klare Entscheidung. Darauf hatten insbesondere die hunderttausend Sozialdemokraten Anspruch, die zur Verteidigung des Landes aufgerufen wurden. Da blieb keine Wahl. Die Partei machte wahr, was sie in den Parlamenten und in den Wahlkämpfen immer erklärt hatte: In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich.

„Damit hatte die Partei sich zur Pflicht der Landesverteidigung bekannt. Gleichzeitig aber hat sie mit äußerster Entschiedenheit erklärt, der Krieg dürfe keinerlei Eroberungsziele haben; er müsse beendet werden, sobald die Gegner zum Frieden bereit seien. Diese Grundgedanken der Erklärung vom 4. August 1914 waren entscheidend für die Stellung der Partei zur Politik ihres Landes, wie für ihre Beziehungen zur proletarischen Internationalen. Seit Anbeginn des Krieges hat die deutsche Sozialdemokratie Chauvinismus und Eroberungspolitik im eigenen Lande grundsätzlich bekämpft. In unablässigem Bemühen trat sie für internationale Verständigung ein und erklärte jederzeit sich zum Frieden bereit. Auf der Reichskonferenz der Partei ist das in den beiden Resoluten: „Die Tätigkeit des Parteivorstandes“ und „Die Politik der Partei“ ausführlich dargelegt worden.

Der Vertretung der Internationalen in Stockholm wurde an der Hand von Dokumenten dafür erneut der schärfste Nachweis geführt. Die deutsche Sozialdemokratie kann trotz häufigster Angriffe von innen und außen mit ruhigem Gewissen auf diese Tätigkeit zurückblicken. Wie ernst es ihr mit ihrer Friedensarbeit ist, dafür spricht am besten die am 19. Juli d. J. mit großer Mehrheit vom Deutschen Reichstag beschlossene Kundgebung für den Verständigungsfrieden, für einen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderungen, ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen, der durch internationale Rechtsgarantien die Gleichberechtigung aller Völker dauernd sichert. Ohne die energische Friedensarbeit der Sozialdemokratie wäre diese Kundgebung nicht möglich gewesen.

Scharf wendet der Bericht sich gegen die Eroberungspolitik. Ihnen seien „die schärfsten Methoden“ zur Bekämpfung eines Verständigungsfriedens gerade recht, wenn sie behaupten: „Vertat an den Interessen des Landes sei die Herbeiführung des Auslandsfriedens; Verzicht auf Amerikationen und Entschädigungen sei Verzicht auf die Zukunft des Landes. In demagogisch aufgewekten Bilderbogen operieren sie mit phantastischen Zahlen künftiger Steuerlasten, die der Verständigungsfrieden unserm Volke aufbürden müßte. Daß aber jeder Tag Kriegsverlängerung Tausende Menschenleben mehr fordert, daß Vernichtung blühender Menschenkraft der schwerste und unersehlichste Verlust ist, stellen sie wohlweislich nicht in Rechnung. Die Helatomben

an Menschenopfer schrecken diese skrupellosen Interessenpolitiker nicht. Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung ihrer wichtigsten Ziele hieße kämpfen bis zum Weibhüten der Völker, würde Europa in eine Wüste verwandeln. Ein so erkaufter Friede wäre nur ein Scheinfriede, dem naturgemäß neue Kriege mit noch entschärfterem Blutvergießen folgen müßten. So sehr das deutsche Volk entschlossen ist, für seine Selbstbehauptung alle Kraft einzusetzen, so entschieden lehnt es politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen anderer Völker ab. Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß das die Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes ist.“ Ihr könne sich keine Regierung entgegenstellen, ebensowenig wie der zur Volksförderung gewordene Demokratisierung im Reich, Staat und Gemeinde. Vor allem handelte es sich um die Beseitigung des schmachvollen Dreiklassen Systems in Preußen und ähnlicher Drahtverhau in den anderen Bundesstaaten. Wenn die Nutznießer der jetzigen Volkentreue glauben, mit der in aller Form gegebenen Zustimmung der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen ein triviales Spiel treiben zu können, so wird sie die Entwicklung eines anderen befehlen. Es muß Ernst gemacht werden mit der Demokratisierung Preußens! Nur die restlose und schlaunige Durchführung der Zustimmung kann unsere Kräfte konfliktlos ersparen!

Dem Reichstage muß der entscheidende Einfluß auf die Geschehnisse des Reiches werden. Mit der „engen Fühlungnahme“ zwischen Regierung und Reichstag ist es nicht getan. Zwischen den beiden entscheidenden Faktoren der deutschen Politik muß ein festgesetztes Vertrauensverhältnis hergestellt werden; ein Vertrauensverhältnis, das nur beruhen kann auf dem demokratisch-parlamentarischen System. Der Reichstag kann sich nicht länger mehr mit der Rolle des Kontrollorgans und des Kritikers der Regierung begnügen. Die Liquidierung des Krieges, die großen Zukunftsaufgaben des Reiches sind Schicksalsfragen für unser Volk. Ihre Entscheidung darf nicht in der Hand einer Oberschicht liegen, die zum Volk in keinerlei Vertrauensverhältnis steht. Das deutsche Volk hat diese Bevormundung längst satt! Es will sein künftiges Schicksal selbst bestimmen. Allerdings — die Durchführung unserer demokratischen Forderungen kann nicht das Werk fremder Bourgeoiseregierungen sein. Die Unabhängigkeit unseres Landes, das Selbstbestimmungsrecht unseres eigenen Volkes sind die ersten Voraussetzungen einer wahrhaft demokratischen Politik. Die Entente mag noch so laut und aufdringlich von der Befreiung fremder Völker reden — in Deutschland gibt es nicht einen Arbeiter, der das heuchlerische Spiel, das sie mit der Demokratie treibt, nicht durchschaute. Damit müssen die Arbeiter in England und Frankreich rechnen! Sie können uns nicht befreien, denn sie haben mit ihrer Bourgeoisie genug zu tun. Was diese den Arbeitern ihrer Länder zu bieten vermag, zeigt das Reichserbrot nach Stockholm. Die Bourgeoisie der Ententeländer kämpft ebenso wie unsere Kriegsverlängerer gegen Stockholm; sie fürchten dort Gefahr für ihre kapitalistischen Eroberungsziele. Die deutsche Arbeiterklasse hat ihre innerpolitischen Kämpfe bisher ohne Hilfe von außen geführt; so gedenkt sie das auch in Zukunft zu halten.

Der Krieg hat die Partei auch vor große wirtschaftliche Aufgaben gestellt. Zur Sicherstellung und der Volksernährung ist der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften unausgesetzt tätig gewesen. Schon am 13. August 1914 unterbreitete er der Regierung ein Programm für die Organisation unserer gesamten Ernährung. Der Reichskonferenz der Partei lag bereits die Zusammenstellung von 13, teilweise sehr umfangreicher Denkschriften an die Regierung vor, die sich mit den Ernährungsfragen befaßten. So unbedeutend unsere Ernährungsverhältnisse auch sind, ohne die hingebende und sähige Arbeit der Parteivertreter wäre es sicher noch schlimmer um sie bestellt. Die Differenzen in der Partei erfahren in dem Bericht keine besondere Behandlung. Trotzdem klängen sie unausgesetzt aus der knappen Darstellung der gefassten Beschlüsse und Veranstaltungen heraus. Die Reichskonferenz im September 1916, die der Partei die bedrohte Einheit erhalten sollte, wurde von der Opposition vor, während und nach der Tagung discreditiert. Durch eine lächerliche Obstruktion suchte man die Konferenz wirkungslos zu machen und sabotierte zielbewußt ihre Arbeit. Triumphierend verkündete dort einer ihrer lautesten Rufe: „Was hier die Konferenz bezwecken soll, das wird sie nie erreichen. Sie sehen, daß hier Gegensätze vorhanden sind, die unvereinbar sind.“ Die überaus große Mehrheit der Konferenz stimmte einem Friedensmanifest zu, billigte die Bewilligung der Kriegsgelderte und verurteilte die von der Opposition herbeigeführte Spaltung der Reichstagsfraktion. Die Konferenz protestierte

gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, verlangte Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung und durchgreifende Maßnahmen in der Nahrungsmittelversorgung.

Die Organisation

der Partei ist durch den Krieg allerdings arg in Mitleidenenschaft gezogen. Der über das Reich verhängte Belagerungszustand hatte in den Grenzbezirken die Auflösung der politischen Organisationen zur Folge.

Hat die Hälfte unserer männlichen Mitglieder wurden bereits in der ersten Zeit des Krieges von der Einberufung zum Heeresdienst betroffen. Inzwischen hat sich diese Zahl auf circa 75 Prozent der gesamten männlichen Mitglieder gesteigert. Zu einer weiteren zahlenmäßig nicht festzustellenden Schwächung der Partei hat die vermühtende Agitation der Opposition, die schließlich zur Spaltung der Partei führte, beigetragen.

Leider ist auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich gesunken. Die Ursache wird zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß bei Kriegsbeginn die Kriegsfrauen meistens von Beiträgen befreit wurden, mit dieser an sich erklärlichen Maßnahme aber auch vielfach die Fühlung mit der Organisation verloren ging.

Die Spaltung brachte Mitgliederverluste in den Bezirken Groß-Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Ostpreußen, Niederrhein, Braunschweig, Halle, Erfurt und Groß-Thüringen. Die übrigen Bezirke wurden weniger, ein großer Teil gar nicht davon berührt.

Die dem Bericht beigelegte Tabelle über die Mitgliederzahl in den einzelnen Bezirken gibt kein vollständiges Bild über die tatsächliche Stärke der Organisationen. Bei dem Mangel an zuverlässigen Funktionen wurde vielfach nur mangelhaft berichtet. Nach dem großen Zulauf, den die Organisationen durch die erfolgreiche Werbearbeit der „roten Woche“ im Jahre 1914 erfuhren, betrug die Gesamtmitgliederzahl

Table with 4 columns: Date (31. März 1914, 31. 1915, 31. 1916, 31. 1917), Total members, and Women members.

Diese Zahlen zeigen die Wirkungen des Krieges wie des Parteifreits mit großer Deutlichkeit. Sie sind ein Warnungszeichen, aber auch ein starker Ansporn, der Gefahr zu begegnen, die in einer weiteren Schwächung der Organisation liegt. Die Sozialdemokratie hat im Kriege so gewaltige moralische Eroberungen gemacht, daß es gelingen muß, diese auch organisatorisch auszumünzen.

Die Frauenbewegung

hat dazu ebenfalls wirkungsvolle Arbeit geleistet.

Die verschiedenen Aufrufe und Direktiven des Parteivorstandes zur Kriegsnot und Lebensmittelfrage gaben auch ihr die Richtschnur für ihr Handeln. Konnte schon vor dem Kriege von einer stetig zunehmenden kommunalen Mitarbeit unserer Genossinnen berichtet werden, so hat die jetzige Arbeit unserer Genossinnen auf kommunalem und sozialpolitischem Gebiete sich ganz gewaltig vermehrt. Daneben läuft eine nicht zu unterschätzende soziale Arbeitsleistung in den verschiedensten Vereinen. Von den 47 besagten Parteibezirken berichteten 31 von fleißiger Mitarbeit unserer Genossinnen in Preisprüfungsstellen, Lebensmittelkommissionen und -ämtern, in Volkstüchenauslässen und Kriegsfürsorgekommissionen, in der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, im Säuglings-, Kinder- und Mutterschutz, in der Jugendfürsorge, als Kontrollleurin auf dem Lebensmittelmarkt und in Beschwerdekommisionen.

In öffentlichen Frauenversammlungen fanden in den drei Berichtsjahren 107 statt. Den Vorständen gehörten am 31. März 1917 577 Genossinnen an.

Eine Frauenkonferenz für das ganze Reich fand am 7. und 8. Juli d. J. statt mit der Tagesordnung: 1. Die Frauen in der Kriegswirtschaft. 2. Unsere Agitation. 3. Das Frauenwahlrecht, zu der aus 38 Bezirken 50 Delegierte erschienen.

Eine unmittelbare Folge der Reichskonferenz war, daß von einzelnen Bezirken und Kreisen wieder Agitationsversammlungen und planmäßige Werbearbeit für „Gleichheit“ und Partei eingeleitet wurden. Sowohl nach dem Verlauf der Tagung, wie auch nach ihrem unmittelbaren Folgen in den Bezirken ist zu hoffen, daß die Reichsfrauenkonferenz angelesen werden kann als verheißungsvoller Auftakt zu neuer Arbeit der Genossinnen im Dienste des Sozialismus.

Schluß folgt.

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.

Von Edmund Hofer.

23. Fortsetzung.

„Nun kommt noch diese neue nichtswürdige Beschuldigung dazu, die ich nicht auf mir sitzen lassen kann. Die hält mich hier zurück und zwingt mich, mich freiwillig zu stellen. Die Unternehmung fürcht ich nicht — wehe vielmehr denen, die sie über mich heraufbeschworen! Mögen sie die Folgen ihres sinnlosen Hasses auf sich nehmen und darunter zusammenbrechen! Aber ich will nicht als der ordinäre Verbrecher ergriffen und, sei es auch nur auf Tage — die Wahrheit muß an's Licht kommen! — mißhandelt werden, wie ich's in der vergangenen Woche bereits erlebt habe. Deswegen komme ich zu Ihnen, Herr Oberförster. Als ich von Ihrem Wohlwollen gegen Christine, das unglückliche Mädchen erfuhr, erinnerte ich mich, daß Sie mir in einem Augenblick Achtung und Teilnahme erwiesen, wo alle Welt mich verkannte und verließ. Ich — sein Auge blickte fest in das des anderen — bin derselben nicht unwürdig geworden, mag hier und da der Anseh'n auch noch so sehr wider mich sprechen. Ich bitte nur, daß Sie mich in der Stadt abliefern, mit der Angabe des wirklichen Sachverhalts. Ihr Name hat einen guten Klang im Lande und sichert mir einen erträglichen Empfang. Vor allem komme ich aus der bisherigen Privatunternehmung heraus.“ sagte er bitter lächelnd hinzu. „Mehr bitte ich nicht. Das übrige findet sich.“

„Weber nach einer Pause des Nachdenkens sprach Benschheim: „Erzählen Sie's, daß der Direktor des Gerichts heute mein Gast ist?“

„Christine sagte es und ich — heiße es kein Unglück. Im Gegenteil! Es ist sozusagen ein weiterer Zeuge meines freien Entschlusses.“

„Wollen Sie ihm das selber mitteilen? Kennen werden Sie ihn nicht, er ist erst seit einigen Jahren hier bei uns angeheiratet, aber, ich bänge Ihnen für keine Billigkeit. Sie treffen außerdem noch einen Oberamtmann Kruse, der gleichfalls seit kurzer Zeit, Befehlsvorsteher und ein Freund Ihres Stiefvaters ist — im übrigen wird ein achtungswerter, billiger Mann.“

„Gleichviel“, entgegnete Detlef düster. „Ich bin es nicht, der den Faktor von Köhlig zu scheuen hat.“

„Dann kommen Sie“, sagte Benschheim entschlossen. „Wir wollen die Sache gleich in Ordnung bringen.“

Streiflichter.

Das war ein Fall, wie man sich eines ähnlichen hierzulande nicht im Volk und der Gesellschaft, noch in den juristischen Kreisen.

Am Abend des Tages fuhren zwei Wagen durch das Tor der Stadt, hart hinter einander. Der eine führte die Familie des Direktors Link von ihrem Landausflug zurück, eine sehr numtere und sibile Gesellschaft, die Hüte und Mützen mit Freigirlanden geschmückt, große Sträuße von Feldblumen in den Händen, und die Stimmen vereintend zu lustigen Gesängen, welche kaum am Tor einem stillen Schweigen Platz machen mochten. Der Direktor selber schien freilich, wie ein paar begehrende Bekannte zu erkennen glaubten, an dieser Lust der Seinen nicht recht Teil zu nehmen. Er schaute ziemlich ernst dazwischen und erwiderte die Grüße nur mit einem gewissen zerstreuten Ausdruck.

Auf dem anderen Gefährt, welches man bald als das Eigentum des Oberförsters Benschheim zu Jagersruh erkannte, saß außer dem Kutscher vorn, hinten nur ein einzelner — Herr, ein Seemannsdiener, seiner Kleidung nach. Er lehnte stumm in seiner Bankende, und Blicke erhielt er genug, darunter mehr als einen zweifelnden oder auch ertraunten, aber begrüßt wurde er von niemand.

In der Stadt trennten sich die Wagen. Der erste fuhr dem Hause des Direktors zu; der andere wandte sich durch die erste Querstraße vom geraden Wege ab und gelangte hinter dem Markt herum, durch allerhand enge Gassen in jene Gegend der Stadt, wo die Erkennung eines solchen Fuhrwerks etwas geradezu Unerhörtes war. Es wohnten nur arme Leute hier, und das einzige Gebäude von Bedeutung war das jetzt vornehm titulierte Kreisgefängnis, vom Volk beharlich „die Custodie“ geheißen, ein langes, verträuertes, altes Haus, dem die Bauartigkeit aus Mauern, Fenstern und Dach blickte und auch sonst noch allerhand abzusehen war, was seinen Inwalten nicht gerade bequeme Tage und Nächte verleiht.

Vor diesem Gebäude hielt der Wagen an, und der Mann auf dem Rücksiß erhob sich und stieg ab.

Der Gefangenwärter — einen anderen Titel führte diese würdige Persönlichkeit hier damals nicht — genos des schönen Abends wie alle Welt, lag im Fenster seiner Barackerwohnung und rauchte die lange Pfeife selbstzufrieden auf die Straße hinaus. Da der Wagen herantam, sah er sehr erstaunt aus, und da derselbe hielt und ihn insasse sich erkennen ließ, fuhr er auf, daß er den Kopf ans Fensterkreuz stieß und beinahe die weiße Schlafmütze verloren hätte, welche schon an die Stelle der kühnen Perücke getreten war. „Soll mich der Deutscher holen, wenn das nicht der Brandstifter ist!“ rief er dabei aus, und fuhr ins Zimmer zurück, um gleich darauf an der geöffneten Tür zu erscheinen.

„Na, ja, so kommt der Konseuer daher geprunnt — wollen ihm schon etwas brauchen für den Hochmut!“ rief er den Ankommling in der brutalen Weise an, wie solche Leute sich dermaßen zu beschleichen pflegen, und griff mit seiner Faust nach dem Hemde des Besuchs. „Herin mit ihm!“ Und schon zum Kutscher wandend,

fügte er in gleichem Tone hinzu: „Er muß warten bis ich den da sicher gemacht. Dann kann er mir das Weitere sagen.“

„Dazu habe ich keine Zeit“, entgegnete der Kutscher mit dem Ton und Blick der unverhehltesten Mißachtung, welche diese Leute damals noch für das gesamte Gefängnispersonal hatten — es klebte denselben in ihren Augen und ihrem Gesichts beinahe etwas Unerträgliches an! „Hier, den Brief soll ich ihm geben, und im übrigen ist mein Herr der Oberförster Benschheim, und ich füttere vor dem Heimfahren eine Stunde bei der Witwe Gottschall. Da bin ich zu finden.“ Er trieb die Pferde zum Umwenden und fuhr davon.

Des Gefängniswärters Laune war durch diese Worte nicht verbessert. Er warf das Tor zu und drehte den Schlüssel mit einer Heftigkeit, aus der man keinen Meger erkennen konnte. Dann rief er ins Haus hinein: „Se, Christian, Friß! Wo steht die faule Kande!“ Und als darauf einer von den Gerufenen — den logenannten „Schließer“ — erschien, fuhr er ihn an: „Kann Er nicht hören? Nehm“ Er hier dem kühnen Vogel, die Reden herunter und gut nüßiert, und dann in Nummer Sieben! Wollen ihm schon was brauchen für's Ausbrechen!“

Die Leser dürfen nicht vergessen, daß die geschriebenen Szenen nicht in der Jetztzeit, sondern vor sechzig Jahren spielen.

Als der „Schließer“ den Arrestanten anfassen wollte — diese und die übrigen Einzelheiten drangen durch die Erzählungen eben dieses Schließers in die Öffentlichkeit — entzog sich derselbe mit einer trostigen Wendung dem Griff, sein Auge blickte die beiden Männer hinter an und dazu redete er: „wie ihr seht, stelle ich mich freiwillig —“

„Flausen! Kennen das!“ rief der Gefangenwärter dazwischen.

— und verlange eine anständige Behandlung. Sie scheinen ganz zu vergessen, Herr Lüders“, fügte er hinzu, „daß Sie einen mich betreffenden Brief in der Hand haben.“

„Der Wäch hat Zeit!“ sagte Lüders verächtlich. „Versuchen Sie es lieber nicht. So viel ich gehört habe, steht der Direktor Link keine Verzögerung seiner Befehle.“

Herr Lüders machte ein Gesicht und eine Gebärde, als hätte er am Besten sagen mögen: ach was! Als ob der Direktor nach solch einem fragten würde! — ging aber dennoch mit dem Briefe zum Fenster, öffnete ihn und las die wenigen Zeilen augenscheinlich mehrmals, bevor er ihren Inhalt begriff, schaute darauf vollstündig verdummt vor sich hin, trat zum Arrestanten, murmelte etwas von „wollen der Herr Herr Platz nehmen!“ und befohl endlich dem Schließer, Nummer Eins zu öffnen und nach dem Bett zu gehen. Die Frau und ein paar Kinder, welche vom Arrestanten diesen Vorgängen neugierig zugeschaut hatten, wies er groß fort und schloß ihnen die Türe vor der Nase, wie man das zu heißen pflegt.

(Fortsetzung folgt.)



